

Molitor, Bernhard

Article — Digitized Version

Konjunkturaussichten in der EWG für 1970

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Molitor, Bernhard (1970) : Konjunkturaussichten in der EWG für 1970, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 3, pp. 177-181

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134096>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Konjunkturaussichten in der EWG für 1970

Dr. Bernhard Molitor, Brüssel

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft steht zu Beginn des Jahres 1970 im Zeichen eines ausgeprägten Booms. Noch nie seit Bestehen des Gemeinsamen Marktes sind Produktion, Beschäftigung und Realeinkommen so rasch gewachsen wie 1969. Das Bruttosozialprodukt nahm real um rd. 7,5 % zu, und die Arbeitslosigkeit ist in fast allen Mitgliedsländern auf einen neuen Tiefstand gesunken. Der Handel zwischen den Mitgliedsländern weitete sich um fast 30 % aus.

Erhebliche Ungleichgewichte

Diese Ergebnisse würden eine außerordentlich günstige Erfolgsbilanz darstellen, wenn der Wirtschaftsaufschwung nicht mit erheblichen Ungleichgewichtstendenzen einherginge, die auf eine übermäßige Intensität des Aufschwungs zurückzuführen sind. So stand die Gemeinschaft 1969 im Zeichen kräftiger Preisauftriebendenzen, die in mehreren Mitgliedsländern gegen Jahresende ebenso stark – oder sogar noch stärker – waren wie in den Vereinigten Staaten, zumal wenn man berücksichtigt, daß in einigen europäischen Ländern Preissteigerungen durch administrative Eingriffe, wie Preisstopp oder strenge Preisüberwachung, erschwert wurden. Gleichzeitig wurde in der Handelsbilanz der Gemeinschaft gegenüber den Nichtmitgliedsländern, die 1968 noch mit einem Überschuß von 1,75 Mrd. \$ abgeschlossen hatte, ein Defizit registriert.

Mit der Abwertung des französischen Franc und der Aufwertung der DM sollte einerseits den bereits in den Vorjahren entstandenen Diskrepanzen in der Kosten- und Preisentwicklung Rechnung getragen und damit die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichtstendenzen beseitigt werden; zum anderen wurde damit auf eine Beruhigung des zuvor sehr hohen Spekulationsfiebers

hingewirkt, das zu einer ernststen Störung des internationalen Zahlungsverkehrs geworden war. In der Tat ist es seitdem zu einer erheblichen Umkehr der Kapitalströme gekommen, wenn auch das Kapital keineswegs immer in erwünschtem Umfang in die Länder zurückfloß, die zuvor einen erheblichen Kapitalentzug zu verzeichnen hatten.

Überhitzte Konjunktur

Analysiert man die Lage zu Beginn des Jahres 1970, so muß für die Gemeinschaft insgesamt eine ausgeprägte Konjunkturüberhitzung diagnostiziert werden. Die Güter- und Dienstleistungsmärkte sind allgemein sehr angespannt. Der Auslastungsgrad der Kapazitäten ist außerordentlich hoch. Die Auftragsbestände sind fast überall bis in die jüngste Zeit gewachsen, und die Lieferfristen haben sich weiter verlängert. Auf dem Arbeitsmarkt herrscht in den meisten Mitgliedsländern ein ausgeprägtes Mißverhältnis zwischen der Zahl der offenen Stellen und derjenigen der Arbeitslosen. Die EWG-Konjunkturbefragungen zeigen überdies deutlich, daß die Unternehmer allgemein mit einem fühlbar aufwärts gerichteten Preistrend rechnen.

Dieses Bild gilt weitgehend für alle Länder. Im Gegensatz zu früheren Jahren gibt es daher in der Gemeinschaft gegenwärtig kaum eine Konjunkturschaukel, d. h. es befinden sich mehr oder weniger alle Mitgliedsländer in der gleichen Kon-

Dr. Bernhard Molitor ist Direktor für Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten und für Konjunktur bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften. In dem vorliegenden Aufsatz äußert der Autor seine persönliche Ansicht.

junkturphase. Die sich früher aus dem Konjunkturgefälle ergebenden stabilisierenden Ausgleichswirkungen des Handels zwischen den Ländern der Gemeinschaft sind derzeit relativ gering. Immerhin wirkt die rasche Ausweitung des Handels zwischen den Mitgliedsländern schon wegen der dadurch bedingten Intensivierung des Wettbewerbs und aufgrund der mit der besseren Arbeitsteilung verbundenen Produktivitätseffekte dämpfend auf Preissteigerungstendenzen.

Unterschiede in der Gemeinschaft

Wenn auch alle Länder von der ausgeprägten Hochkonjunktur erfaßt sind, so dürfen doch gewisse Unterschiede zwischen den Ländern der Gemeinschaft nicht übersehen werden. So beginnen in Frankreich die im zweiten Halbjahr 1969 ergriffenen haushaltspolitischen und monetären Bremsmaßnahmen allmählich zu wirken. Das gilt insbesondere für die Nachfrage der öffentlichen Hand und – vor allem unter dem Einfluß eines Wiederanstiegs der Sparneigung – auch für den privaten Verbrauch. Dennoch ist auch in Frankreich der Produktionsapparat außerordentlich intensiv in Anspruch genommen. Einmal ist die Investitionstätigkeit der Unternehmen nach wie vor sehr lebhaft, zum anderen entwickelt sich die Auslandsnachfrage sehr expansiv; dies ist nicht nur eine Folge der namentlich in den anderen Ländern der Gemeinschaft zu verzeichnenden Hochkonjunktur, sondern dürfte vor allem auch der fühlbaren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen durch die Abwertung des französischen Franc und die Aufwertung der DM zuzuschreiben sein.

Auf der anderen Seite ist die Wirtschaftsentwicklung in Italien in der konjunkturellen Aufschwungphase noch nicht so weit vorgerückt wie in Deutschland, Belgien und den Niederlanden. Von konjunkturellen Überhitzungserscheinungen kann in Italien, wenn man von der durch Sonderfaktoren beeinflussten Lage auf dem Baumarkt absieht, eigentlich erst seit dem Herbst 1969 gesprochen werden; dies vor allem im Zusammenhang mit den sehr kräftigen Lohnerhöhungen, die nach zum Teil sehr heftigen Arbeitskämpfen gegen Ende des Jahres 1969 gewährt wurden und zusammen mit den seit August zur Auszahlung gekommenen erheblichen Rentenaufbesserungen eine hohe Konsumwelle zur Folge haben.

Abschwächung der Weltkonjunktur

Eine Abschätzung der weiteren Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1970 hängt naturgemäß von einer Reihe von Unsicherheitselementen, insbesondere der voraussichtlichen Entwicklung der Weltkonjunktur, der Intensität der spontanen

Auftriebskräfte in der Gemeinschaft, der Wirkungen der in allen Mitgliedstaaten ergriffenen Restriktionsmaßnahmen und dem zukünftigen Kurs der Wirtschaftspolitik ab.

Die bereits seit Mitte 1969 erkennbare Abflachungstendenz der Weltkonjunktur dürfte in den nächsten Monaten anhalten. Entscheidend wird hierfür die Entwicklung in den Vereinigten Staaten sein. Der dort seit Juli 1969 beobachtete Rückgang der Industrieproduktion, der dazu geführt hat, daß das Bruttosozialprodukt saisonbereinigt im vierten Quartal real nicht mehr zugenommen hat, dürfte vorläufig kaum von einer neuen Expansionsphase abgelöst werden. Die „State of the Union Message“, die der Präsident der Vereinigten Staaten am 22. Januar vor dem Kongreß abgegeben hat, läßt deutlich erkennen, daß die Inflationsbekämpfung Priorität unter den wirtschaftspolitischen Zielen der amerikanischen Regierung behält. Angesichts der jüngsten vom Kongreß – zum Teil gegen den Widerstand der Regierung – beschlossenen Steuererleichterungen und Ausgabenerhöhungen und der sehr kräftigen Lohnforderungen dürfte eine nennenswerte Lockerung der restriktiven Geld- und Kreditpolitik kaum erfolgen.

Sicherlich sind die unmittelbaren Einflüsse einer vorübergehenden Konjunkturabkühlung in den Vereinigten Staaten relativ begrenzt. Sie wurden überdies bisher durch die expansive Entwicklung in anderen Drittländern und vor allem durch die starke Eigendynamik der Konjunkturentwicklung in der Gemeinschaft überspielt. So ist in der Öffentlichkeit kaum registriert worden, daß die Ausfuhren aus der Gemeinschaft in die Vereinigten Staaten saisonbereinigt deutlich unter ihrem Mitte 1969 erreichten Stand liegen. Dieser Rückgang, der übrigens mit einer fühlbaren Verlangsamung der Lieferungen nach Großbritannien zusammenfiel, wurde durch die rasche Zunahme der Exporte in die kontinentaleuropäischen EFTA-Länder, nach Spanien und nach Japan mehr als ausgeglichen.

Rückwirkungen auf die EWG

Stärkere Rückwirkungen einer Abkühlung der amerikanischen Konjunkturentwicklung auf den Außenhandel der Gemeinschaft werden daher aller Voraussicht nach erst mit erheblicher Verzögerung spürbar werden, nämlich dann, wenn mehr und mehr andere Drittländer von der Abschwächung der Nachfrage in den USA in Mitleidenschaft gezogen werden. Im übrigen ist es nicht unwahrscheinlich, daß in einer Reihe von Industrieländern angesichts der inflationären Tendenzen oder aus zahlungsbilanzpolitischen Gründen neue Restriktionsmaßnahmen ergriffen werden, die sich – wenn man von der Schweiz absieht, wo die Preis-

steigerungen auch durch eine liberalere Einfuhrpolitik bekämpft werden sollen — dämpfend auf die Ausweitung des Welthandels auswirken dürften. Eine gewisse Ausnahme bildet in dieser Hinsicht Großbritannien, wo die Regierung im Hinblick auf die fühlbare Verbesserung der Zahlungsbilanz kaum eine weitere Verschärfung des restriktiven Kurses in Betracht ziehen dürfte. Allerdings könnte die derzeit erzielte binnen- und außenwirtschaftliche Stabilisierung bei einer neuen starken Lohnwelle wieder hohen Belastungen ausgesetzt sein.

Insgesamt rechnen die Dienststellen der Kommission für 1970 mit einer Ausweitung des Welt-handelsvolumens (ohne den EWG-Binnenhandel) von 1969 auf 1970 um rd. 7 % gegenüber fast 10 % im vergangenen Jahr. Bei dieser immer noch relativ hohen Wachstumsrate ist allerdings zu berücksichtigen, daß ein großer Teil dieses Zuwachses bereits Ende 1969 erreicht worden ist, so daß die konjunkturelle Zunahme im Laufe des Jahres 1970 nur noch gering ausfallen dürfte.

Veränderte Übertragungsmechanismen

Bei der Beurteilung der Rückwirkungen einer Verschlechterung der Weltkonjunktur auf die Wirtschaftsentwicklung in der Gemeinschaft darf nicht übersehen werden, daß sich der Charakter der konjunkturellen Transmissionsmechanismen seit Bestehen der Gemeinschaft wesentlich geändert hat. Wirken sie früher in erster Linie über den Außenhandel, so sind heute andere Faktoren entscheidend: Einmal stellt die Gemeinschaft wegen des relativ stärkeren Anstiegs ihres Wirtschaftspotentials seit 1958 und wegen der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung zwischen den Mitgliedsländern immer stärker ein Konjunkturzentrum mit einer ziemlich ausgeprägten Eigendynamik dar; der Anteil des innergemeinschaftlichen Handels an der Gesamtausfuhr der Mitgliedsländer, der sich 1958 noch auf 30 % belief, ist bis 1969 auf fast 50 % gewachsen, während die Ausfuhr in die Vereinigten Staaten nur einen Bruchteil davon ausmacht. Andererseits ist infolge der Freizügigkeit des Kapitalverkehrs, der zunehmenden Bedeutung des Eurodollarmarktes sowie der Ausdehnung der Aktivitäten großer internationaler Unternehmen und der Verbesserung der Kommunikationsmittel eine wesentlich größere Abhängigkeit der Länder der Gemeinschaft von der Entwicklung der Geld- und Kreditpolitik in den Vereinigten Staaten und der Lage auf dem Eurodollarmarkt entstanden; dies um so mehr als die Währungspolitik bisher vielfach als ein Reservat nationaler Souveränität angesehen wurde und der Ausbau der Zollunion in eine echte Wirtschafts- und Währungsunion noch ungenügend fortgeschritten ist.

Sogac Gold und Silber,

nicht nur Kupfer, Kobalt und andere NE-Metalle sowie Purpurerz, hochwertige Spezial-Roheisensorten und chemische Produkte gewinnen wir aus metallhaltigen Vorstoffen des Inlandes und des Auslandes.

**Begonnen haben wir
im Jahre 1876
mit der Gewinnung
von Kupfer**



Durch neue Verfahren haben wir unser Programm ständig vergrößert.

Die technische und wirtschaftliche Entwicklung geht weiter.

Wir gehen mit.

Auf diesem Wege bieten wir auch Ihnen vielfältige Möglichkeiten chancenreicher Mitarbeit. Unsere Personalabteilung gibt Ihnen darüber spezielle Auskunft.

Duisburger Kupferhütte

Metallhütte Eisenhütte Chemische Fabrik
Duisburg, Postfach 11 · Telefon 60 11

Wie sieht es mit den spontanen wirtschaftlichen Auftriebskräften innerhalb der Gemeinschaft aus?

Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Binnen- nachfrage insgesamt 1970 weiter lebhaft expandieren, wenn auch vielleicht nicht mehr ganz so rasch wie 1969.

Entwicklung in der Gemeinschaft

Die Hauptimpulse auf das Wirtschaftswachstum werden dabei von den Verbrauchsausgaben ausgehen. In allen Ländern dürfte sich der rasche Lohnanstieg fortsetzen, nur in Frankreich könnte er auf Jahresbasis gerechnet unter dem 1969 erzielten Jahreszuwachs liegen. Dagegen dürfte er in Italien, Belgien und Luxemburg noch fühlbar zunehmen, wobei nicht zuletzt auch die Bindung der Löhne an den Anstieg der Verbraucherpreise im Rahmen von gleitenden Lohnskalen eine gewisse Rolle spielt. Gleichzeitig ist in allen Ländern mit einer kräftigen Erhöhung der Einkommensübertragungen zu rechnen. Nur bei den Gewinnen dürfte eine merkliche Verlangsamung des Wachstumstempos zu verzeichnen sein.

Im Gegensatz zum privaten Verbrauch dürfte das Wachstum der Bruttoanlageninvestitionen fühlbar geringer ausfallen als 1969. Mehrere Gründe sind dafür entscheidend: Einmal in mehreren Mitgliedsländern die Bemühungen der öffentlichen Hand, die Ausgabensteigerungen in Grenzen zu halten, was erfahrungsgemäß vor allem zu Lasten der Investitionsausgaben geht. Zum anderen die mögliche Verlangsamung der Expansion der Investitionen der Unternehmen. Sie ist in mancher Hinsicht als eine fast natürliche Folge der außergewöhnlich hohen Investitionstätigkeit in den Vorjahren anzusehen, könnte aber wegen des erheblichen Druckes auf die Gewinnmargen und der Erschwerung der Finanzierungsmöglichkeiten durch die restriktive Geld- und Kreditpolitik noch akzentuiert werden. Allerdings dürfen die Wirkungen einer Abkühlung der Investitionsneigung der Unternehmen nicht überschätzt werden. Bei

der im Herbst 1969 durchgeführten EWG-Investitionserhebung beabsichtigten die Unternehmer, ihre Investitionsausgaben 1970 noch sehr kräftig auszudehnen. Selbst bei einer spürbaren Revision der Investitionspläne nach unten dürften die bereits vergebenen sehr hohen Investitionsaufträge, die mit einer erheblichen Verlängerung der Lieferfristen in den Investitionsgüterindustrien einhergingen, 1970 noch eine kräftige Zunahme der Unternehmensinvestitionen sichern und sich frühestens gegen Jahresende in der effektiven Investitionstätigkeit stärker bemerkbar machen.

Dagegen dürften sich in den meisten Mitgliedsländern die restriktive Kreditpolitik, insbesondere der Anstieg der Hypothekenzinsen und in einigen Ländern die quantitative Rationierung der Baukredite bremsend auf die Expansion im Wohnungsbau auswirken.

Verlangsamung der Expansion

Die in der folgenden Tabelle im November 1969 von den Dienststellen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften aufgestellten Vorausschätzungen für das Wachstum des realen Brutto- sozialprodukts im Jahre 1970 sind eher zu vorsichtig. Sie implizieren eine volumenmäßige Zunahme des Bruttosozialprodukts in Deutschland um 4,5 %, in Frankreich um 3,5 %, in Italien um 7,5 %, in den Niederlanden um 4 %, in Belgien um 5 % und in Luxemburg um 3 %. Namentlich in Deutschland und Frankreich könnte die Zunahme, vor allem unter Berücksichtigung des Ende 1969 bereits erreichten Produktionsniveaus, eher noch höher ausfallen.

Die Verlangsamung der Expansion ist keineswegs auf eine ungenügende Nachfrage zurückzuführen, sondern in erster Linie auf ein Nachlassen der Angebotselastizität, die in den meisten Ländern in wesentlich stärker spürbaren Produktionsengpässen, sehr großem Arbeitskräftemangel und deutlich sich vermindernenden Produktivitätsreserven ihren Ausdruck findet.

Die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und das Angebot

	1967 ¹⁾	1968 ¹⁾		1969 ²⁾ ⁴⁾		1970 ³⁾ ⁴⁾
	Mrd. RE ⁵⁾ in laufenden Preisen	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %				
		Volumen	Werte	Volumen	Werte	Volumen
Bruttoanlageninvestitionen	80,3	+ 6,5	+ 9	+11,5	+17	+ 7
Öffentlicher Verbrauch	50,0	+ 3	+ 8	+ 5	+11,5	+ 3,5
Privater Verbrauch	211,6	+ 4,5	+ 7,5	+ 7	+11,5	+ 5
Bruttosozialprodukt	350,1	+ 6	+ 9	+ 7,5	+12,5	+ 4,5
Außenbeitrag (Mrd. RE ⁵⁾ in laufenden Preisen)	+ 5,9		+ 7,1		+ 5,5	+ 4,5

¹⁾ SAEG, Allgemeine Statistik, 1969, Nr. 9. ²⁾ Schätzungen der Dienststellen der Kommission; abgerundet. ³⁾ Vorausschätzungen der Dienststellen der Kommission; abgerundet. ⁴⁾ Zusammenfassung der Aggregate der einzelnen Mitgliedsländer für die Gemeinschaft insgesamt an Hand der amtlichen Währungsparitäten 1963. ⁵⁾ 1 RE = 1 Rechnungseinheit = 0,888671 g Feingold = 1 US-Dollar zu den amtlichen Wechselkursen.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Vierteljahresbericht 3/4, 1969, „Zur Wirtschaftslage der Gemeinschaft“, S. 21; Angaben für 1969 revidiert.

Die inflationären Spannungen werden somit anhalten. Sie sollten auf keinen Fall unterschätzt werden, zumal inflationäre Preissteigerungen – wie die Erfahrungen in den Vereinigten Staaten deutlich zeigen – wegen der Anpassung der Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte eine schwer kontrollierbare Eigendynamik entwickeln können. Dabei darf nicht übersehen werden, daß die Lohnkosten je Produkteinheit in fast allen Mitgliedsländern 1970 rascher steigen werden als 1969 und die starke Inanspruchnahme des Produktionsapparates zur Zeit ein Abwälzen von Kostensteigerungen auf die Preise erleichtert.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat daher bereits im Juli vergangenen Jahres die Mitgliedstaaten zu einer umfassenden Stabilisierungsaktion aufgerufen¹⁾. Alle Mitgliedstaaten haben darauf eine Reihe restriktiver Maßnahmen ergriffen. Da diese aber offensichtlich nicht ausgereicht haben, um die Gefahr eines inflationären Preisanstiegs zu bannen, hat die Kommission jüngst die Notwendigkeit einer Intensivierung der Inflationsbekämpfung erneut unterstrichen²⁾.

Anhaltende Preissteigerungen

Die Hauptgefahr besteht darin, daß die Gemeinschaft die Preisentwicklung noch nicht genügend in den Griff bekommen hat, wenn die von der Weltkonjunktur ausgehenden dämpfenden Effekte auch in der Gemeinschaft stärker spürbar werden. Ein Anhalten des Kosten- und Preisauftriebs würde die Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft somit gerade dann beeinträchtigen, wenn aufgrund des internationalen Konjunkturgefälles an sich schon eine erhebliche Verschlechterung der laufenden Zahlungsbilanz zu befürchten ist. Die Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten, durch ein koordiniertes Vorgehen innerhalb der Gemeinschaft eventuell von außen auf sie zukommende rezessive Tendenzen zu überspielen, wäre dann um so mehr eingeschränkt, als eine Umkehr der internationalen Kapitalströme keineswegs sicher ist. Überdies sind die gegebenenfalls für eine solche Politik in der Gemeinschaft nutzbaren Devisenreserven derzeit erheblich geringer als vor einigen Jahren. So beliefen sich Ende 1969 die Nettoreserven der Zentralbanken in der Gemeinschaft nur auf rd. 20 Mrd. \$, gegenüber 26 Mrd. \$ Anfang 1968. Schon um die Gefahr einer später möglicherweise neu auftretenden Konfliktsituation zwischen zahlungsbilanz- und wachstumspolitischen Erfordernissen zu vermeiden, scheint eine rasche und energische Aktion zur

Beseitigung der Preisauftriebstendenzen unbedingt erforderlich.

Inflationsbekämpfung durch Nachfrageregulierung

So nützlich Maßnahmen zur Angebotsausweitung im Prinzip auch sind, so kann von ihnen kurzfristig derzeit nur ein relativ geringer Beitrag zur Dämpfung der Preissteigerungen erwartet werden. Deshalb muß der Akzent der Inflationsbekämpfung vor allem auf den Instrumenten zur Regulierung der Nachfrage liegen. Besondere Bedeutung kommt dabei nach Auffassung der Kommission der öffentlichen Finanzpolitik zu. Sie soll durch eine entsprechende Gestaltung der Einnahmen – z. B. durch Anhebung der direkten Steuern oder Abschaffung steuerlicher Investitionsanreize – und durch eine strikte Begrenzung des Wachstums der öffentlichen Ausgaben zur Verminderung der Spannungen beitragen. Der Haushaltsvollzug soll so gestaltet werden, daß sich die restriktiven Wirkungen besonders auf das erste Halbjahr konzentrieren und die Kassentransaktionen des Staates die Inlandsliquidität kontraktiv beeinflussen. Soweit Haushaltsdefizite unumgänglich sind, sollen sie möglichst langfristig finanziert werden, selbst wenn das einen Zinsauftrieb auf dem Kapitalmarkt zur Folge hat.

Eine Lockerung des restriktiven Kurses der Kreditpolitik in den Ländern der Gemeinschaft scheint der Kommission derzeit nicht angebracht. Besonders rigoros soll die Kreditpolitik in den Ländern sein, die sich einer prekären Zahlungsbilanzsituation gegenübersehen. Gegebenenfalls sollte dabei auch ein Zinsanstieg hingenommen werden, der nicht nur im Hinblick auf die Verhältnisse auf den internationalen Geld- und Kapitalmärkten notwendig sein kann, sondern auch als wünschenswerte Ergänzung der internen Stabilisierung anzusehen ist. Darüber hinaus hat sich die Kommission dafür eingesetzt, zusätzliche Sparanreize zu schaffen und die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand zu fördern. Außerdem soll der Wettbewerb, z. B. durch eine Verstärkung der Kartellüberwachung und die Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand, intensiviert werden. Im übrigen weist sie darauf hin, daß die Maßnahmen für eine baldige Wiederherstellung des Gleichgewichts nur dann von Erfolg gekrönt sein werden, wenn die Sozialpartner aktiv bei der Ausarbeitung und der Durchführung der Wirtschaftspolitik mitwirken.

Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat sich am 26. Januar 1970 mit dieser Ausrichtung der Konjunkturpolitik einverstanden erklärt, so daß die Chancen, durch ein koordiniertes Vorgehen die Stabilität in der Gemeinschaft wieder herzustellen und damit auch längerfristig ein stetiges und gleichgewichtiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, größer geworden sind.

¹⁾ Memorandum der Kommission an den Rat über die Aufrechterhaltung eines gleichgewichtigen Wirtschaftswachstums in der Gemeinschaft vom 9. Juli 1969, abgedruckt im Vierteljahresbericht über die Wirtschaftslage der Gemeinschaft 3/4, 1969, S. 119 ff.

²⁾ Memorandum der Kommission an den Rat über die Konjunkturpolitik der Gemeinschaft im Jahre 1970 vom 22. Dezember 1970.